

In Rumänien und Bulgarien rumort es

Die politische Unsicherheit in den EU-Mitgliedstaaten könnte die Wirtschaft gefährden. Investoren halten sich schon zurück.

itz. WIEN, 17. Februar. In Rumänien und Bulgarien drohen die politischen Schwierigkeiten auf die Wirtschaft durchzuschlagen. In Bukarest liefert sich die neue Regierung ein Kräftemessen mit Demonstranten und mit dem Staatspräsidenten um die Art und Weise der Korruptionsbekämpfung. In Sofia ist eine Interimsregierung an der Macht, und niemand weiß, ob die Parlamentswahlen am 16. März stabile Verhältnisse bringen werden. Viele Wirtschaftsprojekte liegen auf Eis, in den Ministerien fühle sich niemand zuständig, klagt Mitko Vassilew, der Hauptgeschäftsführer der Deutsch-Bulgarischen Industrie- und Handelskammer in Sofia: „Die Hängepartie beunruhigt die Unternehmen, unsere Investoren warten ab.“

Dabei stehen Bulgarien und Rumänien wirtschaftlich eigentlich gut da. Die beiden östlichsten Mitgliedsländer der EU, die 2007 unmittelbar vor der Finanzkrise beitraten, haben sich in einigen Kennziffern sogar zu heimlichen Musterstaaten entwickelt. 2015 und 2016 wuchs kaum eine andere europäische Volkswirtschaft so stark wie jene in den beiden benachbar-

ten Staaten. Der reale Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betrug vorläufigen Zahlen zufolge durchschnittlich 3,5 Prozent in Bulgarien und 4,3 Prozent in Rumänien.

Die Maastricht-Kriterien erfüllen beide Länder mit Leichtigkeit. Die Staatsschuldenquote, an der die meisten Eurostaaten scheitern, beträgt in Rumänien weniger als 40 Prozent vom BIP und in Bulgarien weniger als 30 Prozent. Auch den Budgetsaldo hatten die Donauländer zuletzt im Griff. In Bulgarien dürfte 2016 sogar, wie in Deutschland, ein Überschuss erwirtschaftet worden sein. Dort ist auch die Leistungsbilanz positiv. In beiden Ländern sinkt zudem die Arbeitslosenquote, die Industrielöhne steigen, bei weitgehend stabilen Preisen, um mindestens 7 Prozent im Jahr.

Doch die gute Lage könnte in Gefahr geraten, wenn sich die politischen Turbulenzen nicht legen. Auf Druck der Straße hat in Rumänien die neue sozialdemokratische Regierung ihre Entkriminalisierungsverordnung für Korruptionsvergehen zwar zurückgenommen. Auch stimmte das Parlament einstimmig für den Antrag von Staatspräsident Klaus Johannis, ein Referendum zu dieser Frage abzuhalten. Aber die Kundgebungen gehen weiter. Einerseits, weil die Protestbewegung fürchtet, dass die Straffreiheit für bestechliche Politiker jetzt auf parlamentarischem Wege zustande kommen könnte. Zum an-

deren, weil sich die Demonstranten immer mehr als außerparlamentarische Opposition und als Wächter verstehen und die Regierung zum Rücktritt auffordern. Diese ist aber klar legitimiert, und – die schwierig zu bewerkstellenden – Neuwahlen würden Stabilität und Handlungsfähigkeit vermutlich nicht verbessern.

Es sei gut, dass die rumänische Zivilgesellschaft derzeit Stärke beweise und in der Korruptionsfrage nicht nachgebe, sagt Johannes Leitner, Direktor des Kompetenzzentrums Schwarzmeerregion in Wien. Auf der anderen Seite sieht er aber auch Gefahren. Etwa darin, dass die Bewegung zersplittere, dass sie keine neuen Ziele definiere oder dass sie sich von der Opposition vereinnahmen lasse. „Das würde in einer politischen Destabilisierung des Landes münden mit sicherlich auch negativen Folgen für das Investitionsumfeld.“ Ausländische Unternehmen sollten dankbar sein, dass die Demonstranten für Rechtssicherheit einträten. Gleichzeitig müssten sie aber aufpassen, nicht selbst als korrupt wahrgenommen zu werden: „Diese Öffentlichkeit kann auch Unternehmen unter Druck setzen.“

Im Nachbarland Bulgarien ist die konservative Regierung zurückgetreten, nachdem in den Präsidentenwahlen der von der sozialistischen Oppositionspartei unterstützte Kandidat Rumen Radew gesiegt hatte. Die größte wirtschaftliche Schwierigkeit sei, dass unter der derzeitigen Übergangsregierung die EU-Subven-

tionen nicht ausreichend abgerufen würden, sagt Emil Kalchew, Dozent für Finanzen an der Neuen Bulgarischen Universität in Sofia: „Viele Projekte werden verzögert oder ruhen ganz, das macht der Wirtschaft, die von öffentlichen Aufträgen abhängig ist, gehörig zu schaffen.“ Schon 2016 sei die Investitionstätigkeit schwach gewesen, im dritten und vierten Quartal sei das Volumen geschrumpft. „Angesichts der gegenwärtigen Unsicherheit sieht es für 2017 nicht viel besser aus.“

Am Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche WIIW bestätigt der zuständige Volkswirt Rumen Dobrinsky, dass insbesondere die Direktinvestitionen schleppend verliefen: „Die politische Unsicherheit begünstigt die Aktivitäten aus dem Ausland nicht gerade.“ Aber man dürfe die Effekte nicht überbewerten, zumal sich die bulgarische Wirtschaft ansonsten weiterhin gut entwickle: Der Tourismus habe wegen der instabilen Lage in der Türkei ein Rekordjahr hinter sich, der Binnenkonsum und auch der Export liefen gut.

Für unbegründet hält Dobrinsky die zuweilen geäußerten Bedenken, dass sich Bulgarien unter Staatspräsident Radew von der EU abwenden und sich Russland annähern könnte. Diese Zweifel waren laut geworden, weil die ihn unterstützende Sozialistische Partei enge Verbindungen zu Moskau unterhält. „Radew lehnt zwar die Sanktionen gegen Russland ab, er bekennt sich aber klar zur Nato und zur EU“, versichert der Ökonom.